

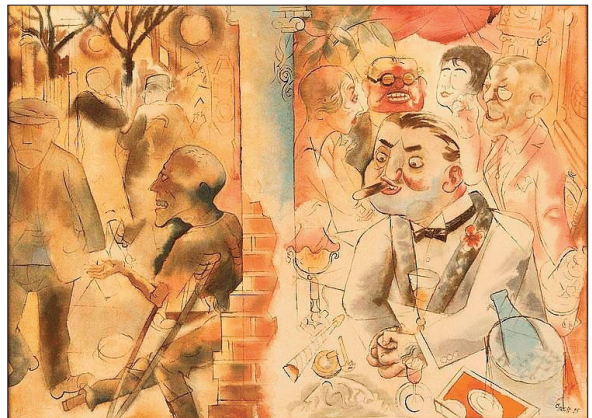
Ratschlag Hamburger Sozialeinrichtungen

Samstag, 20. März 2021, 18 Uhr, Bürgerhaus Bornheide

Die jahrzehntelang betriebene Kürzungspolitik im kommunalen Bereich gefährdet zunehmend die Funktionsfähigkeit und Entwicklung des Gemeinwesens. Wiederholt wurden Krisen dazu genutzt, Banken und Großkonzerne zu fördern – um gleichzeitig die Einschränkung der Daseinsvorsorge der Bevölkerung für „alternativlos“ zu erklären. In den anstehenden Haushalts-Verhandlungen soll die Unterfinanzierung der Sozialeinrichtungen noch einmal verschärft werden, wodurch sie auf bloße Kompensationsfunktionen herabgedrückt würden oder ihre Existenz sogar gänzlich in Frage stünde. Die weitere Einschränkung würdevoller Bezugnahme aller Beteiligten durch mangelnde Ausstattung an Personal, Räumen und Sachmitteln wäre ganz im Sinne der staatlich schon durch die Hartz-IV-Gängelungen befeuerten Mär der minderwertigen „Sozialschmarotzer“, die nichts erstrebten, als wohlthätige Almosen zu missbrauchen.

Dabei ist Sinn und Zweck der vielfältigen öffentlich geförderten Sozialeinrichtungen nichts Geringeres als die Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens. Sie tragen bei zur aktiven Gestaltung der gemeinsamen Lebensbedingungen. Musikkurse in Stadtteilzentren fördern die bewusste Menschwerdung durch die Aneignung von Kultur; Arbeitslosenberatungen können

Anlaufstellen zur solidarischen Aufrichtung der aus dem Arbeitsmarkt Ferngehaltenen gegen das Hartz-IV-Sanktionsregime sein; Coming-Out-Beratungen leisten einen Beitrag zur Entfaltung aller entgegen der Sanktionierung von Abweichungen zur herrschenden Ordnung; Seniorentreffs stehen als Orte produktiver Begegnung bis ins hohe Alter für gesellschaftliche Teilhabe ein; Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe fördern die soziale Durchlässigkeit des Bildungswesens; Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit fördern die demokratische Mitbestimmung, die persönliche Entfaltung und das Selbstbewusstsein junger Menschen; Sprachcafés sind Orte sozialer Begegnung und interkultureller Verständigung. Auch die Grundversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und



George Grosz, „Drinnen und Draußen“, 1926.

Wohnraum durch Tafeln und Tagesaufenthaltsstätten für Obdachlose trägt gegen die tägliche Degradierung zur Realisierung eines Mindestmaßes an Würde bei.

Wo Menschen zusammenkommen und im Gespräch erkennen können, dass ihre Nöte keine individuellen sind, wird auch deren kollektive Überwindung möglich. Jede Milderung der größten Bedrängnisse der besonders Benachteiligten ist für das gesamte Gemeinwesen förderlich. Daher sind die Budgets der sozialen Einrichtungen deutlich zu erhöhen, damit alle Beteiligten menschenzugewandt und kreativ Erkenntnisse gewinnen und ihre Fähigkeiten erweitern können, anstatt dazu gedrängt zu werden, private Fördergelder einzuwerben oder sich zwischen Hip-Hop-Kurs und Flüchtlingsbegleitung zu entscheiden.

Dabei sind die Ressourcen zur Realisierung eines solidarischen Gemeinwesens längst erarbeitet. Damit diese nicht länger – wie auch durch die Konzernrettungen ohne Arbeits-

platzgarantien im Rahmen des „Corona-Schutzschildes“ – der Bevölkerung entzogen und in die Taschen weniger Großaktionär:innen (der milliardenschweren tatsächlichen Sozialschmarotzer:innen) umgeleitet werden, gilt es, für die vorhandenen, entwickelten und begründeten Ansprüche und die Ausweitung sozialer Errungenschaften einzutreten. Räume für sinnstiftende Begegnung sind gerade jetzt umso wichtiger. Der Kampf um eine neue Kultur der Solidarität ist ein gemeinsamer aller Beteiligten in den sozialen Einrichtungen. Wir laden deren Beschäftigte und Nutzer:innen ein, gemeinsame Perspektiven für die erforderliche Erweiterung ihrer Tätigkeiten sowie das Erstreiten einer entsprechenden Finanzierung zu bilden.



**INTERNATIONAL
SOLIDARISCH**
SCHLUSS MIT AUSTERITÄT

Ratschlag öffentlicher Sozialeinrichtungen

Samstag, 20. März 2021, 18 Uhr, Bürgerhaus Bornheide, Bornheide 76

Es diskutieren mit:

Beschäftigte aus Stadtteilzentren, offener Kinder- und Jugendarbeit, Tafeln, Wohnungslosenhilfe, sozio-kulturellen Beratungseinrichtungen sowie weiteren Hamburger Sozialeinrichtungen und deren Dachverbänden und Interessenvertretungen, die interessierte Öffentlichkeit und Aktive der Kampagne „International solidarisch: Schluss mit Austerität!“.

Zur Erleichterung der Vorbereitung freuen wir uns über Anmeldung:
kontakt@schluss-mit-austeritaet.de

Der Eintritt ist frei. Bitte beachten Sie für die Veranstaltungsteilnahme die Hygienemaßnahmen vor Ort.